KW22 Bürger*innenbeteiligung und -service

Gremium: Kreisvorstand
Beschlussdatum: 05.02.2020
Tagesordnungspunkt: 2.22. Bürger*innenbeteiligung und Service

Text

1 Die Demokratie ist nichts, was in sich ruht, was fertig ist, was bleiben kann,
2 wie es ist. In einer Demokratie wird Macht nicht konzentriert, sie wird geteilt
3 und allen Bürger*innen muss der gleiche Zugang zum politischen Geschehen
4 ermöglicht werden. Solange Gesellschaft nicht stehenbleibt, ist Demokratie nicht
5 fertig, darf sie nicht stehenbleiben.

6 Die Gesellschaft bewegt sich schon lange viel schneller als die demokratischen
7 Prozesse sich weiterentwickeln. Bürger*innen äußern immer wieder Unverständnis
8 für politische Entscheidungen und demokratische Prozesse, die ihnen vorgelagert
9 sind. Wir wollen der Demokratie neuen Schwung verleihen und neue demokratische
10 Traditionen begründen. Wo, wenn nicht in der Kommune, kann man damit am besten
11 anfangen?

12 Demokratie ist, was wir draus machen

13 Unsere Stadtgesellschaft braucht die Beteiligung möglichst aller Bürger*innen
14 aller Altersstufen für eine lebenswerte Stadt. Dazu müssen wir verschiedene
15 Formate einsetzen, um die unterschiedlichen Gruppen zu erreichen. Es sind auch
16 die Ziele unterschiedlich, von der Gestaltung von Plätzen und Quartieren bis zur
17 Wahl in die Interessenvertretungen wie der Beirat für Senioren*innen und dem
18 Jugendrat. Anlässe müssen kreativ und niedrigschwellig zur Beteiligung angeboten
19 werden und mit Expert*innen umgesetzt werden.

GRÜN wirkt

- 21 • Wir haben eine neue Beteiligungskultur angestoßen. Sowohl bei
22 grundsätzlichen Themen wie dem Kulturentwicklungsplan als auch bei
23 einzelnen Projekten wie dem Lärmaktionsplan, den städtebaulichen
24 Wettbewerben oder der Neugestaltung des Konrad-Adenauer-Platzes gibt es
25 eine frühzeitige und intensive Beteiligung der Bürger*innen.
- 26 • Aufsuchende Befragungen, die gleichzeitig zielgruppenorientiert umgesetzt
27 worden sind, wie der Bauwagen zu Straßenplanung, haben große Rückläufe und
28 viele Statements erbracht, die in die weitere Planung einfließen konnten.
29 Diese vielversprechenden Methoden wollen wir weiterentwickeln und
30 einsetzen.
- 31 • Wir haben mit dem „Raumwerk D“ und mit dem „Mobilitätsplan D“ Bürger*innen
32 ermöglicht gemeinsam mit Expert*innen grundsätzlich über die
33 Stadtentwicklung und die Zukunftsvision für Düsseldorf zu diskutieren.
34 Auch der „Blau-Grüne Ring“ ist ein gutes Beispiel für den Dialog mit den
35 Bewohner*innen unserer Stadt. Diese kreativen Beteiligungsformen müssen
36 wir weiterentwickeln.

37 Agile Demokratie – jetzt!

38 Alles Politische beginnt mit der Frage nach dem, was ist. Nur so können
39 sinnvolle Debatten darüber stattfinden, was sein soll. Deshalb haben wir uns im
40 Rat dafür eingesetzt, dass die Verwaltung alle nicht-personenbezogenen Daten,
41 die sie erhebt, veröffentlicht – open data by default. So eine Umstellung geht
42 nicht von heute auf morgen, doch schon jetzt können Bürger*innen auf
43 Pendler*innenzahlen zugreifen, im Haushalt sehen, welches Geld wo ausgegeben
44 werden soll und die Bevölkerungsstatistik der Stadt einsehen. Das hilft
45 Zivilgesellschaft, Presse und Wissenschaft: wichtige Säulen der Demokratie.

46 Um Bürger*innen mit ihren Anliegen ernster zu nehmen und Demokratie neu zu
47 beleben, braucht es aber viel mehr als das.

- 48 • Jugendrat, Seniorenrat, Jugendamtselternbeirat, Beirat für Menschen mit
49 Behinderungen und Integrationsrat: hier engagieren sich Menschen
50 ehrenamtlich, investieren Zeit und Herzblut, um in ihren Themenbereichen
51 und darüber hinaus Düsseldorf lebenswerter zu machen und konkret Politik
52 mitzugestalten. Diese Gremien brauchen mehr Klarheit darüber, wohin ihre
53 Beratungen und Empfehlungen führen und welche Aktivitäten der Verwaltung
54 sie zukünftig mitgestalten können. Sie brauchen, wie jede ehrenamtliche
55 Struktur, ausreichende hauptamtliche Begleitung und Unterstützung.
- 56 • Bürger*innen vernetzen sich spontan, um ihre politischen Anliegen zu
57 formulieren. Bisher müssen sie dafür auf Angebote von Onlineplattformen
58 zurückgreifen und hoffen, so über die Presse in das Aufmerksamkeitsfeld
59 der Politik zu gelangen. Wir fordern eine eigene städtische Online-
60 Plattform für Bürger*innenanliegen und Mechanismen, nach denen sich Rat
61 und Oberbürgermeister*in mit den dort geäußerten Anliegen befassen müssen
62 – ergänzend zu den landesrechtlich möglichen Wegen der verbindlichen
63 Bürgerbeteiligung
- 64 • Landesrechtliche Möglichkeiten für verbindliche Bürgerentscheidungen
65 besser nutzen: Abstimmungen zu strittigen Fragen können eine Klarheit
66 schaffen, wie sie durch parlamentarische Entscheidungen nicht geschaffen
67 werden können. Das Landesrecht sieht Bürgerentscheide auch auf kommunaler
68 Ebene vor, doch die Stadtverwaltung muss noch besser aufgestellt sein,
69 wenn es um eine konstruktive Begleitung und Durchführung geht.
- 70 • Düsseldorf ist divers und so muss Beteiligung sein. Alles, was für die
71 aktive Mitgestaltung der kommunalen Demokratie nötig ist, sollte
72 barrierefrei und mehrsprachig zur Verfügung gestellt werden. Beteiligung
73 muss durch niedrighschwellige und vielfältige Formate allen ermöglicht
74 werden, die in Düsseldorf leben und wirken.
- 75 • Nicht jede Verwaltungstätigkeit oder politische Entscheidung ist sinnvoll
76 über verbindliche Beteiligung oder Gremienarbeit zu bearbeiten. Politik
77 und Verwaltung können trotzdem in ihren Entscheidungen und Tätigkeiten auf
78 die Wünsche und Meinungen der Bürger*innen eingehen, wenn sie die
79 Meinungen denn kennen! Manche Formen des direkten Feedbacks oder der
80 Meinungsumfragen sind kostengünstig, einfach zu handhaben und können einen
81 wichtigen Baustein für eine agile Demokratie darstellen. Dafür müssen sie

82 aber anders als jetzt in ein politisches Konzept eingebettet und
83 methodisch nachvollziehbar durchgeführt werden.

- 84 • Das Gegenteil von gut ist gut gemeint: der Mängelmelder der Stadt muss
85 besser werden. Wir fordern ein transparentes, modernes Beschwerdesystem
86 bei dem Bürger*innen jederzeit online einsehen können, an welcher Stelle
87 ihre Beschwerde oder eine Mangelmeldung nun in der Verwaltung ist (zur
88 digitalen Verwaltung s. Kap. Digitalisierung).
- 89 • Bürger*innen müssen außerdem die Möglichkeit haben, sich anonym über z. B.
90 rassistisches oder sexistisches Verhalten von Verwaltungsmitarbeiter*innen
91 zu beschweren. Nur so kann schädlichem Verhalten von Wenigen nachgegangen
92 werden – zum Schutz des Ansehens der ganzen Verwaltung.
- 93 • Jedes große Unternehmen in Deutschland ist gesetzlich verpflichtet
94 Maßnahmen zu ergreifen, die Korruption, Vetternwirtschaft und Rechtsbruch
95 verhindern (compliance). Auch in der Verwaltung gibt es solche
96 Mechanismen. Doch die Compliance-Stelle für die Stadtverwaltung muss mit
97 ihrer Arbeit sichtbarer und ausgebaut werden. Wir setzen uns außerdem für
98 Whistleblower-Schutz ein.

99 Beteiligungskonzept – professionell und auf dauerhafte Weiterentwicklung
100 angelegt

101 Demokratie denkt sich nicht mal eben nebenbei neu. Die Ideen, mit denen wir
102 Beteiligung in Düsseldorf vom Kopf auf die Füße stellen wollen, sind nicht
103 gänzlich neu. Wer über den rheinischen Tellerrand hinausschaut sieht, dass
104 andere Kommunen weiter sind als wir. Von ihnen können wir lernen. Und das erste,
105 was wir von ihnen lernen können ist, dass das Ausbuchstabieren von
106 Beteiligungswegen, Feedback-Tools und Verwaltungsmechanismen nichts ist, was
107 sich im politischen Betrieb nebenbei erledigen lässt. Deswegen wollen wir eine*n
108 Beteiligungsbeauftragte*n mit einem Team an Mitarbeiter*innen, die ausführliche
109 Leitlinien für die agile Demokratie in Düsseldorf – gemeinsam mit externen
110 Expert*innen und in wissenschaftlicher Begleitung - entwickeln und umsetzen.

111 Ziel der Konzepte und der Arbeit muss dabei ein niedrigschwelliger, vielfältiger
112 Zugang sein:

- 113 • Verfahren: Online- und Offline-Befragungen, Bauwagenaktionen und breit
114 angelegte Diskussionsforen und –tage, Beiräte und ad hoc zusammengestellte
115 Arbeitsgruppen, viele Formen sind denkbar und müssen ihren festen Platz in
116 der Planung, Vorbereitung und Umsetzung der politischen Beschlüsse haben.
- 117 • Stadtteilkonferenzen als Standard: Neben den Aufforderungen zu Planungen
118 und Gestaltungen brauchen wir verlässliche Verfahren, um mit den
119 Bürger*innen im Gespräch zu bleiben. Stadtteilkonferenzen zu Themen vor
120 Ort, die gleichzeitig auch Raum bieten für spontane Fragestellungen haben
121 sich bewährt und müssen im gesamten Stadtgebiet in den Bezirksvertretungen
122 mindestens jährlich abgehalten werden.
- 123 • Orte: Wir brauchen verlässliche Orte, wo die Meinungen der Bürger*innen
124 ungefragt eingegeben werden können. Internet, Beteiligungspavillon und
125 Straßenaktionen, auch hier ist Vielfalt gefordert. Unterstützt werden

126 müssen diese Maßnahmen durch verständliche Broschüren und Flyer, durch
127 professionelle Beauftragte und nachvollziehbare Dokumentationen und
128 Wirksamkeitsüberprüfungen.

129 Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

130 • 16 Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen